

Antrag

der Abgeordneten Carl Ewen, Robert Antretter, Friedhelm Julius Beucher, Hans Gottfried Bernrath, Lieselott Blunck, Peter Büchner (Speyer), Marion Caspers-Merk, Klaus Daubertshäuser, Freimut Duve, Dr. Peter Eckardt, Elke Ferner, Iris Gleicke, Karl Hermann Haack (Extertal), Michael Habermann, Klaus Hasenfratz, Reinhold Hiller (Lübeck), Stephan Hilsberg, Lothar Ibrügger, Ilse Janz, Dr. Ulrich Janzen, Susanne Kastner, Klaus Kirschner, Dr. Hans-Hinrich Knaape, Walter Kolbow, Dr. Klaus Kübler, Volkmar Kretkowski, Horst Kubatschka, Uwe Lambinus, Klaus Lohmann (Witten), Ulrike Mascher, Heide Mattischeck, Markus Meckel, Siegmars Mosdorf, Albrecht Müller (Pleisweiler), Rudolf Müller (Schweinfurt), Gerhard Neumann (Gotha), Dr. Rolf Niese, Siegfried Scheffler, Renate Schmidt (Nürnberg), Wilhelm Schmidt (Salzgitter), Dieter Schloten, Wieland Sorge, Antje-Marie Steen, Dr. Peter Struck, Günther Tietjen, Ralf Walter (Cochem), Barbara Weiler, Dr. Margrit Wetzels, Hermann Wimmer (Neuötting), Berthold Wittich, Hans-Ulrich Klose und der Fraktion der SPD

Förderung des Fahrradtourismus

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Das Fahrrad ist das umweltfreundlichste Fortbewegungsmittel des touristischen Verkehrs. Der Fahrradurlaub ist daher ein unverzichtbarer Baustein bei der Entwicklung eines umwelt- und sozialverträglichen Tourismus.

Prognosen sehen eine Zunahme des Freizeitverkehrs insbesondere mit dem Pkw voraus. Dieser Entwicklung muß entgegengewirkt werden. Die Steigerung der Attraktivität des Fahrradfahrens in der Freizeit, einschließlich des problembelasteten Bereichs der Naherholung und des Tagestourismus, muß hierzu einen Beitrag leisten.

Innerhalb der Feriengebiete muß der Fahrradverkehr, unter Einbeziehung der Fahrradvermietung, in die regionalen Verkehrskonzeptionen eingebunden werden. Das Fahrrad muß genutzt werden, um die Mobilität der Gäste innerhalb der Urlaubsregion zu verbessern und hierfür ein umweltverträgliches Verkehrsangebot zur Verfügung zu stellen.

Da Freizeitradler durch die Urlaubserfahrungen eher geneigt sind, auch im Alltag auf das Rad umzusteigen, sind zudem positive Rückwirkungen auf den Alltagsverkehr zu erwarten.

Fahrradtourismus muß außerdem als Entwicklungspotential für bislang erst gering erschlossene Feriengebiete gesehen werden. Fahrradreisen zählen zu den stark wachsenden Marktsegmenten im Tourismus. Beispiele aus dem Altmühltal, dem Münsterland und Donautal zeigen, welch großes Interesse an einer für den Radfahrer gut erschlossenen Tourismusregion besteht. Dabei zeichnet sich eine zunehmende Verschiebung zum Bereich der gehobenen Nachfrage ab. Chancen bieten sich im besonderen für die neuen Bundesländer. Dort kann durch Schaffung einer fahrradgerechten Infrastruktur der Grundstein für den Ausbau in einem nicht zu unterschätzenden Marktpotential gelegt werden.

Wesentliche Defizite bestehen bei der Infrastruktur für das Radwandern. So sind die Radtouren bisher vielfach bezogen auf kleinräumige Gebiete und damit unter dem Gesichtspunkt des Radwanderns notgedrungen Stückwerk. Begleitende Infrastruktur wie Rastplätze und Servicestationen sind nur in unzureichender Zahl vorhanden. Eine bundeseinheitliche Wegweisung mit Richtungs-, Entfernungs- und Zielangaben fehlt völlig.

Ein weiterer Problemschwerpunkt liegt bei der Fahrradmitnahme in der Bahn. Zwar ist die Fahrradmitnahme in Nahverkehrszügen ohne zeitliche Einschränkungen sowie die Einbeziehung von Interregio-, drei Intercity- und einem Eurocity-Zug mit dem Fahrplan 1992/93 zu begrüßen. Insgesamt jedoch sind die Möglichkeiten einer umweltverträglichen An- und Abreise in den letzten Jahren erheblich beeinträchtigt worden. Dies ist um so problematischer, als der weitaus größte Teil der Fahrradurlauber sein eigenes Rad nutzt und davon ausgegangen werden muß, daß Radtourismus nur in Kombination mit der Anreise durch öffentliche Verkehrsmittel wirklich als umweltverträglich bezeichnet werden kann.

Durch gezielte Maßnahmen muß daher die Attraktivität des Radreisens erhöht werden.

II. Die Bundesregierung wird aufgefordert,

in Zusammenarbeit mit den Ländern und Kommunen, den Verkehrsträgern sowie Interessenvertretern aus dem Bereich des Radtourismus eine Gesamtkonzeption zur Förderung des Fahrradtourismus vorzulegen, die folgende Maßnahmen umfaßt:

1. Ausweisung eines bundesweiten Fahrradwandernetzes unter Berücksichtigung folgender Kriterien und Ziele:
 - Vermeidung weiterer Landschaftszerschneidung und -versiegelung durch
 - weitestgehende Nutzung des bestehenden Wegenetzes sowie ehemaliger Bahntrassen,
 - Abstimmung mit überörtlichen Fahrradwegen für den Alltagsverkehr,
 - Anbindung an die innerörtlichen und regionalen Radnetze,

- grenzüberschreitende Fortsetzung des Fahrradwander-netzes,
 - Sicherstellung einer sicheren und weitestgehend witterungsunabhängigen Nutzung durch radfahrgerechte Gestaltung der Wegeoberflächen bei gleichzeitigem Verzicht auf weitere Versiegelung durch Asphaltierung.
2. Das Routennetz sollte, in Abstimmung mit dem Bedarf für den Alltagsradverkehr, ergänzt werden durch sonstige Radwanderinfrastruktur wie Rastplätze, gesicherte Abstellplätze und Gepäckaufbewahrungsmöglichkeiten, Radservicestationen mit Reparatur- und Informationsangeboten.
3. Regelung von Rahmenbedingungen wie
- Schaffung des erforderlichen Planungsinstrumentariums, z. B. Erstellung eines Bundesradverkehrsplans,
 - Klärung haftungsrechtlicher Fragen in Zusammenhang mit der Routenführung über private Grundstücke,
 - Einbeziehung von Radrouten, die nicht parallel zu den klassifizierten Straßen verlaufen, in die Förderung nach dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz.
4. Hilfestellung, z. B. durch Gutachten, bei der Erarbeitung von Konzeptionen für ergänzende Angebote der Kommunen und Privater, z. B. bei Schlechtwetterangeboten, radfahrgerechten Unterbringungsmöglichkeiten, Werbung sowie der Verbesserung der Buchungsmöglichkeiten für Radwanderreisen.
5. Vereinheitlichung der Wegweisung durch Aufnahme in die Straßenverkehrsordnung.
6. Herausgabe eines flächendeckenden Kartenwerks mit Kennzeichnung von Radwander- und radfahrgerechneten Wegen durch die Landesvermessungsämter.
7. Ausweitung des Fahrradvermietungsangebots der Deutschen Bundesbahn unter Einbeziehung der Rückfuhrmöglichkeiten, nach Möglichkeit in Kooperation mit kommunalen und privaten Anbietern. Erlaß von Richtlinien über die Ausstattung und Sicherheit von Mietfahrrädern für gewerbliche Anbieter in Ergänzung zu allgemein gültigen Mindestnormen für die technische Ausrüstung von Fahrrädern.
8. Möglichst flächendeckendes Angebot der Mitnahmemöglichkeiten von Fahrrädern in Feriengebiete und Naherholungsräume
- im Bahnfernverkehr, auch grenzüberschreitend, z. B. in Autoreisezügen,
 - in Straßenbahnen, U-Bahnen sowie Regional- und Überlandbussen,
 - im Schiffsverkehr.

Schaffung von Zulassungsvorschriften für den erleichterten Fahrradtransport mit dem Auto mit Hilfe von Kofferraumgepäckträgern für die Anreise in Gebiete, die mit öffentlichen Verkehrsmitteln unzureichend erschlossen sind.

9. Schutz der Umwelt durch

- naturverträgliche Routenplanung und -ausschilderung außerhalb ökologisch sensibler Gebiete,
- Verbot des Fahrradfahrens abseits befestigter Wege,
- Verbot der Fahrradmitnahme in Bergbahnen, Liften u. ä.

10. Vermeidung von Konflikten mit Fußgängern durch Trennung von Rad- und Fußwegen in besonders stark besuchten Freizeitbereichen sowie Beachtung empfohlener Mindestbreiten und -standards bei gemeinsamer Nutzung in unvermeidlichen Ausnahmefällen. Dabei muß auf die Problematik der weiteren Versiegelung und Zerschneidung der Landschaft Rücksicht genommen werden.

11. Vereinheitlichung von Kriterien zur Konzessionsvergabe nach dem Personenbeförderungsgesetz für Begleitfahrzeuge von Radreiseveranstaltern sowie Wegfall der Konzessionserfordernis, soweit der Reiseveranstalter zur Beförderung auf Fahrzeuge eines anderen Unternehmers mit Konzession zurückgreift.

Bonn, den 1. Juli 1992

Carl Ewen
Robert Antretter
Friedhelm Julius Beucher
Hans Gottfried Bernrath
Lieselott Blunck
Peter Büchner (Speyer)
Marion Caspers-Merk
Klaus Daubertshäuser
Freimut Duve
Dr. Peter Eckardt
Elke Ferner
Iris Gleicke
Karl Hermann Haack (Extertal)
Michael Habermann
Klaus Hasenfratz
Reinhold Hiller (Lübeck)
Stephan Hilsberg
Lothar Ibrügger
Ilse Janz
Dr. Ulrich Janzen
Susanne Kastner
Klaus Kirschner
Dr. Hans-Hinrich Knaape
Walter Kolbow
Dr. Klaus Kübler
Volkmar Kretkowski

Horst Kubatschka
Uwe Lambinus
Klaus Lohmann (Witten)
Ulrike Mascher
Heide Mattischeck
Markus Meckel
Siegmar Mosdorf
Albrecht Müller (Pleisweiler)
Rudolf Müller (Schweinfurt)
Gerhard Neumann (Gotha)
Dr. Rolf Niese
Siegfried Scheffler
Renate Schmidt (Nürnberg)
Wilhelm Schmidt (Salzgitter)
Dieter Schloten
Wieland Sorge
Antje-Marie Steen
Dr. Peter Struck
Günther Tietjen
Ralf Walter (Cochem)
Barbara Weiler
Dr. Margrit Wetzol
Hermann Wimmer (Neuötting)
Berthold Wittich
Hans-Ulrich Klose und Fraktion